

Mehr soziales Klima in Berlin

Berlin, 01.08.2008

- » **Horst Gedack**, Landesvorsitzender der CDA Berlin
Silke Striezel, stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende der CDA Berlin
Martin Kamp, CDA-Hauptgeschäftsführer

erklären:

Vor dem Hintergrund der jüngsten Äußerungen des Finanzsenators stellen wir heute zwei Plakativmotive vor. Wir werden die Plakate an geeigneten Stellen präsentieren, in CDA/CDU-Schaukästen, bei Veranstaltungen und Ständen. Und wir werden die Motive außerdem als Postkarten drucken.

- » Plakate und Postkarten können bei der CDA angefordert werden.

Die Verbalausfälle des Finanzsenators sind unerträglich. Und mindestens so unerträglich ist, dass der Regierende Bürgermeister dem tatenlos zusieht. Die bloße Äußerung, manchmal wäre es besser, wenn er schweigen würde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Regierende von einer Promi-Hochzeit zur nächsten jettet, während der Finanzsenator sozial Schwachen in geradezu zynischer Weise Tipps gibt, wie sie angesichts hoher Energie- und Lebensmittelpreise über die Runden kommen können.

Was dem Finanzsenator die Bezieher von Arbeitslosengeld II, sind dem Regierenden offenbar die Landesbediensteten. Die einseitige Verordnung einer lächerlichen Einmalzahlung und der Abbruch der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst – also Lohndiktat statt Verhandlungen auf Augenhöhe - stellen eine Kriegserklärung an die Tarifautonomie dar.

Dem Finanzsenator und dem Regierenden Bürgermeister fehlt der Bezug zur Situation der Menschen. Sie betreiben eine Politik der Spaltung und Ausgrenzung.

Wir fordern mehr Gemeinsinn, mehr Miteinander und mehr soziale Partnerschaft. Wir wollen eine Politik, die jeden Menschen mit seiner Würde respektiert. Wir treten dafür ein, dass jeder eine Chance auf Teilhabe bekommt. Wir wollen mehr soziales Klima für Berlin.

1. Konkret fordern wir als ersten Schritt die sofortige Entlassung des Finanzsenators. Das wäre ein erstes klares Signal gegen eine Politik der Ausgrenzung.
2. Wir fordern den Senat auf, unverzüglich die Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst wieder aufzunehmen.
3. Die CDA will Beziehler von Arbeitslosengeld II und sozial Schwache nicht ausgrenzen, sondern sie unterstützen. Vorbildlich arbeitet die Sozialberatung in Treptow-Köpenick.
4. Wir fordern den Senat auf, wieder ein zinsgünstiges Existenzgründungsdarlehens- und Coaching-Programm aufzulegen. Hierzu sind vorhandene EFRE-Mittel heranzuziehen und so inhaltlich auszurichten, dass ein 50proz. Frauenanteil ermöglicht wird.
5. Die Haushaltssperre für die Beschäftigungsförderung im Land Berlin in Höhe von 9 Mio. Euro ist sofort aufzuheben.